

Sorge um Entwicklung Afrikas - IWF sieht erst 2021

Wachstum



Berlin/Johannesburg (Reuters) - 18 Staats- und Regierungschefs sowie die deutsche Wirtschaft fordern verstärkte Hilfe für Afrika bei der Eindämmung des Corona-Virus.

“Keine Region der Welt kann den Kampf gegen Covid-19 alleine gewinnen”, schrieben unter anderen Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron in einem Gastbeitrag für die “Financial Times”. Es brauche ein Konjunkturpaket von 100 Milliarden Dollar. Blicke auf Afrika, werde der Kontinent hart getroffen und die globale Krise verlängere sich. “Gerade wir als Exportnation dürfen den Rest der Welt nicht aus dem Auge verlieren”, sagte auch der Vorsitzende des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft, Stefan Liebing, im Reuters-Interview.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet, dass das Coronavirus und die Schließungen der meisten Betriebe die Wirtschaft Afrikas schwer treffen wird. Erst im kommenden Jahr sei wieder mit einem Wachstum zu rechnen, heißt es in dem am Mittwoch veröffentlichten Ausblick für den Kontinent. Gegenüber der ursprünglichen Erwartung sinke das Wachstum in 2020 um 5,2 Prozent. Falls der Virus-Ausbruch länger andauere und eine globale Rezession bevorstehe, werde die afrikanische Wirtschaft in diesem Jahr um weitere 2,5 Prozent schrumpfen. “Dies ist nicht die Zeit der Spaltung und politischer Spiele, sondern von Einheit und Zusammenarbeit”, mahnen deshalb Merkel, Macron sowie die Präsidenten von Äthiopien, Kenia, Südafrika, Kongo, Mali, Ägyptens und des Senegals.

Deutsche Unternehmen treffe die Entwicklung hart, nachdem es in den vergangenen Jahren einen Investitionsschub in Afrika gegeben hatte, sagte der Vorsitzende des Afrika-Vereins. “Die Lieferketten existieren nicht mehr.” Er warnte wie zuvor Entwicklungsminister Gerd Müller vor hoher Arbeitslosigkeit und “nahezu zwangsläufig auch politischer Instabilität”.

SCHULDENERLASS REICHT NICHT

Finanzminister Olaf Scholz pochte wie Entwicklungsminister Müller deshalb auf eine Schuldenerleichterung. Wichtig sei ein Kompromiss bei den G20-Beratungen, sagte Scholz im Reuters-Interview. “Jetzt ist es erst mal wichtig, dass wir eine solche Verständigung zustande bekommen über ein Moratorium”, sagte der SPD-Politiker. Im Raum stehen wegen der Folgen der Coronavirus-Pandemie Stundungen von Zinszahlungen und Tilgungen für zunächst ein halbes Jahr. Laut Müller geht es um ein Volumen von 14 Milliarden Dollar. Teilweise wird auch ein Schuldenerlass für arme Staaten ins Spiel gebracht, die jetzt am stärksten unter der Krise leiden und dringend Spielraum brauchen. Die deutsche Wirtschaft sieht den Vorstoß dagegen kritisch. “Ich bin mir nicht sicher, dass der nun diskutierte Schuldenerlass wirklich hilft”, sagte Liebing. Man helfe damit nur Ländern, die in der Vergangenheit besonders viele Schulden aufgehäuft hätten.

Unsere Werte: [Die Thomson Reuters Trust Principles](#)